

Die Gefahr kommt von unten

Neue Studie: Steigendes Grundwasser bedroht Tausende Gebäude. Siemens bohrt schon Brunnen

VON ISABELL JÜRGENS

Vor dem Haus an der Charlottenstraße 24 an der Ecke Leipziger Straße ragt ein Stahlzylinder aus dem Boden, der sich auf den ersten Blick kaum von den üblichen Straßenpollern unterscheidet. Bei dem vermeintlichen Poller handelt es sich aber um die Grundwassermessstelle mit der amtlichen Nummer 5140. Seit 1870 liefert diese Messstelle zuverlässig Daten, an der sich die Höhe des Wasserstandes im Bezirk Mitte ablesen lässt. Die Aufzeichnungen der vergangenen 142 Jahre belegen jetzt ein Phänomen, das viele Hauseigentümer besorgt: Seit 1990 steigt das Grundwasser kontinuierlich, lässt die Keller volllaufen und verursacht enorme Schäden an den Fundamenten. Und die Prognose ist denkbar schlecht: Wie eine aktuelle Studie der KWS Geotechnik GmbH belegt, drohen weite Teile des Berliner Urstromtals regelrecht abzusaufen.

Das Urstromtal durchzieht das Berliner Stadtgebiet von Südosten nach Nordwesten. Vor allem Ortsteile von Köpenick, Biesdorf, Kaulsdorf und Mahlsdorf im Südosten sowie Lichtenberg, Friedrichshain und Mitte im Zentrum und Spandau, Staaken, Tegel und Heiligensee im Nordwesten der Stadt sind bereits heute stark betroffen. „Wir haben die Wasserstandsdaten, die die Senatsverwaltung für Umwelt entlang des Urstromtals erfasst hat, miteinander abgeglichen“, so der Diplom-Geologe Manfred Schafhauser von der Berliner Beratungsgesellschaft KWS Geotechnik. Der Grundwasserspiegel ist demnach in den vergangenen zwei Jahrzehnten in weiten Teilen Berlins um rund einen halben Meter gestiegen, in vielen Bereichen sogar um mehr als einen Meter.

Niedriger Wasserverbrauch

Grund dafür ist nicht etwa der Klimawandel, sondern der stark zurückgegangene Wasserverbrauch, der sich seit 1990 nahezu halbiert hat, so das Fazit der Experten. Wurden 1989 in Berlin noch 378 Millionen Kubikmeter Wasser gefördert, waren es gut 20 Jahre später nur noch 219 Millionen. In der Folge wurden zahlreiche Wasserwerke still gelegt. „Der Grundwasseranstieg trifft vor allem Bereiche, in denen Wasserwerke außer Betrieb genommen wurden oder die Förderung zurückgefahren wurde“, sagt Schafhauser. Dieses Problem trete indes nicht nur im Berliner Urstromtal auf, sondern etwa auch in Pankow, wo sogenanntes Schichtenwasser nicht mehr abgeleitet werde. In der Untersuchung habe man sich jedoch vor allem auf das Urstromtal konzentriert.

Handlungsbedarf bestehe aber generell überall dort, wo der Abstand des Grundwasserstandes zur „Geländeoberkante“, also zum Erdboden, weniger als 2,5 Meter betrage. Dieser Zustand wird von den Experten als „siedlungsunverträglich“ bezeichnet. In vielen Bereichen hat der Grundwasserspiegel diese Marke längst

erreicht und liegt nur einen Meter oder sogar nur einen halben Meter unter der Geländeoberkante.

Wie groß das Ausmaß der Schäden in Berlin bereits heute ist, darüber herrscht jedoch keine Einigkeit. Während der Verband Deutscher Grundstücksnutzer (VDGN) die Anzahl der betroffenen Gebäude mit rund 10.000 angibt, sind der zuständigen Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz lediglich 500 Adressen bekannt. „Betroffene bitten in der Regel um höchste Diskretion“, erklärt VDGN-Sprecher Holger Becker die enorme Diskrepanz. „Wasser im Keller oder in den Fundamenten führt zwangsläufig zu einem erheblichen Wertverlust der Häuser“, so der Verbandsprecher.

Bei historischen Großbauten wie dem Bundesratsgebäude an der Leipziger Straße belaufen sich die Kosten auf 24,4 Millionen Euro, die aufgewendet werden müssen, um das Haus dauerhaft abzudichten.

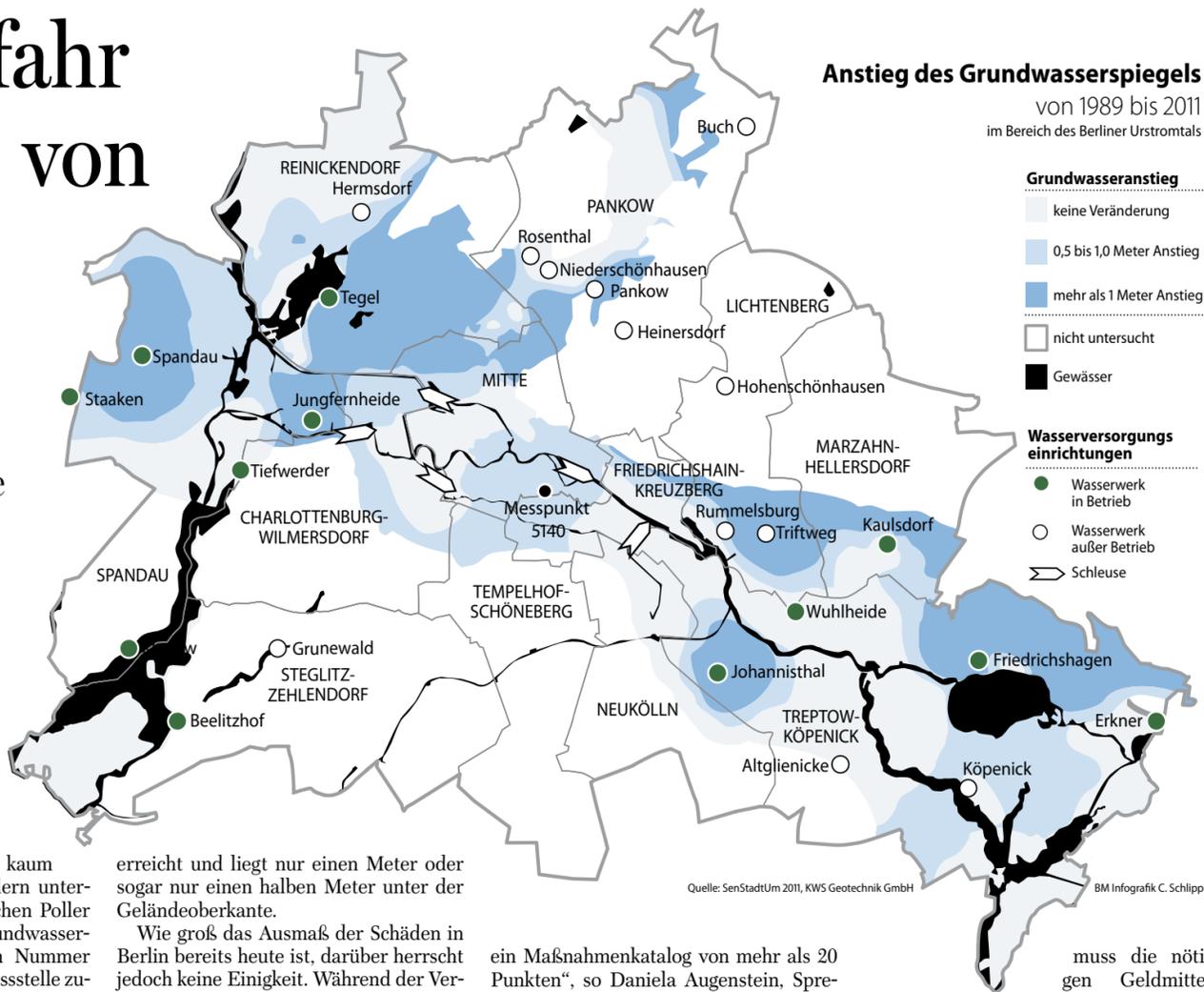
Betroffen sind jedoch nicht nur Hausbesitzer, sondern auch zahlreiche Wirtschaftsbetriebe, darunter auch die Siemens AG in der Spandauer Siemensstadt. Angesichts der ständig steigenden Pegel hatte sich Berlins größter industrieller Arbeitgeber mit 13.500 Mitarbeitern schon vor vier Jahren entschlossen, seine Gebäude und Infrastrukturanlagen vor Grundwasser zu schützen. „Dazu wurde bereits im Herbst 2008 eine wasserbehördliche Erlaubnis zur Grundwasserförderung beantragt“, so Siemens-Sprecherin Ilona Thede-Gooß.

Anfang 2011 war es infolge der Hochwassersituation in der Spree erstmalig zu Betriebsausfällen in den Spandauer Betriebsorten gekommen, so die Siemens-Sprecherin weiter. Erst Anfang Oktober dieses Jahres sei die wasserbehördliche Erlaubnis bei Siemens eingegangen. „Jetzt werden wir auf unserem Gelände ab Dezember eigene Brunnen errichten, um das Grundwasser abzupumpen“, so Thede-Gooß weiter. Die Kosten dafür belaufen sich – inklusive der behördlichen Genehmigungsverfahren – nach ihren Angaben voraussichtlich auf etwa vier Millionen Euro. Es besteht dringender Handlungsbedarf, denn derzeit wird im Auftrag von Siemens im Wasserwerk Jungfernhöhe noch Grundwasser gefördert. Die Förderung endet aber am 30. Juni 2013. „Das bedeutet: Wir müssen unsere bisherigen drei Notbrunnen um acht weitere Brunnen ergänzen“, so die Sprecherin.

Um das Problem grundlegend zu analysieren, hat die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung eine Grundwasserkonferenz einberufen, die Lösungsvorschläge erarbeiten soll. Am vergangenen Montag tagte die Runde aus Experten und Betroffenen zum dritten Mal. „Der Ergebnis ist

Anstieg des Grundwasserspiegels

von 1989 bis 2011 im Bereich des Berliner Urstromtals



ein Maßnahmenkatalog von mehr als 20 Punkten“, so Daniela Augenstein, Sprecherin des Stadtentwicklungssenator Michael Müller (SPD). Dieser Katalog werde jetzt in den Fachabteilungen geprüft – insbesondere hinsichtlich der Kosten, die daraus für das Land Berlin entstehen. „Der Abschlussbericht wird dann dem Abgeordnetenhaus zur Kenntnis gegeben“, so Augenstein weiter. Die Abgeordneten müssten dann entscheiden, welche Maßnahmen für das Wassermanagement finanziell möglich und sachlich wirklich nötig seien.

Nach Ansicht des Verband Deutscher Grundstücksnutzer ist klar, wie das Problem zu lösen ist: „Der Berliner Haushalt

muss die nötigen Geldmittel für das Wassermanagement enthalten“, fordert Sprecher Holger Becker. „Das ist genauso eine staatliche Aufgabe, wie in anderen Bundesländern der Bau von Deichen und andern Anlagen für den Hochwasser- und Küstenschutz“, so der Sprecher des Verbandes. Konkrete Maßnahmen, die Abhilfe schaffen könnten, werden auch in der Studie von KWS Geotechnik benannt. Stillgelegte Wasserwerke müssten demnach wieder in Betrieb genommen werden und die in den vergangenen Jahren vernachlässigten Entwässerungsgräben wieder instand gesetzt werden.

Kommentar

Wasserbetriebe müssen handeln



Joachim Fahrur übers Grundwasser

An der Nordseeküste sind Deiche, Wehre und Entwässerungsgräben ein großes Gemeinschaftswerk. Die Menschen dort wissen seit Jahrhunderten, dass ihre Existenz daran hängt, das Land trocken zu halten und vor Überschwemmungen zu schützen. Nun liegt Berlin zwar nicht im Gefahrenbereich verheerender Sturmfluten, selbst Spree und Havel bilden keine echten Risiken, weil Spreewald und natürliche Auenlandschaften vor den Toren der Stadt wie natürliche Schwämme Hochwasser aufnehmen können. Aber Berlin ist in Sumpfland entstanden, und mit der De-industrialisierung und dem sinkenden Wasserverbrauch bilden sich die natürlichen Verhältnisse im Urstromtal der Spree allmählich wieder. Viele Gebäude stehen deshalb buchstäblich mit den Fundamenten im Grundwasser.

Wie an der Nordsee auch kann eine Gesellschaft dieses Problem nicht einfach den individuellen Hausbesitzern überhelfen. Hier geht es um kollektive Lebensgrundlagen, die zu erhalten eine gemeinsame, sprich öffentliche Aufgabe ist. Das Land kassiert allein 55 Millionen Euro pro Jahr als Grundwasserentnahmeentgelt von den Berliner Wasserbetrieben, die die Berliner mit ihren Wassertarifen bezahlen. Es wäre recht und billig, zumindest dieses Geld zur Verfügung zu stellen, um den Grundwasserstand mit zusätzlichen Wasserwerken und Entwässerungsgräben zu senken.

Historische Entwicklung des Grundwasserstandes

am Beispiel des Messpunktes 5140 (Charlottenstraße/ Leipziger Str. in Mitte)

